

«Wir müssen Wartelisten führen»

Sprachtherapeuten arbeiten vermehrt mit Vorschulkindern. In den Schulgemeinden sind derweil dringend Praktikumsplätze gesucht.

Larissa Flammer

Kinder werden heute deutlich früher logopädisch therapiert. Vor zehn Jahren arbeitete Logopädin Gabriela Rassel mit vielen Kindern aus der Mittelstufe. Heute werden sie meistens Ende 2. oder 3. Klasse aus der Therapie entlassen. «Bald wird das immer häufiger schon Ende Kindergarten der Fall sein», sagt Rassel. Die Präsidentin des Thurgauer Berufsverbands Logopädinnen und Logopäden verweist auf das Konzept frühe Förderung, durch das die Sensibilität für die Wichtigkeit der Sprache deutlich erhöht wurde. «Ärzte schicken Kinder heute viel früher in die logopädische Abklärung.»

An der Pressekonferenz zum Schuljahresstart wies der Präsident des Verbands Thurgauer Schulgemeinden auf den gestiegenen Logopädiebedarf bei Kindern im Vorkindergartenalter hin. Für einen ersten Termin gebe es aber jeweils Wartelisten. Das bestätigt Gabriela Rassel: «Wir führen auch bei Schulkindern eine Warteliste.» Schliesslich müsse eine Logopädin ihr Pensum auch weiter erfüllen können, wenn sie während des Schuljahres Kinder aus der Therapie entlassen kann. Deshalb müssten die meisten nach der Anmeldung ein paar Wochen warten. «Dringende Fälle springen jedoch gleich zuoberst auf die Liste», ergänzt Rassel. Ein Dreijähriger, der noch nicht spreche, sei dringender als ein lispelndes Kind. Wenn erst nach dem Schulstart an einem zu kleinen Wortschatz gearbeitet werde, sei der Rückstand auf Gleichaltrige schon riesig.

Ein Drittel des Studiums besteht aus Praktika

Obwohl es also für Logopädie eine Warteliste gibt, spricht Rassel im Thurgau nicht von einem akuten Fachkräftemangel – zu-



Heute sind Ärzte für die Wichtigkeit der Sprache sensibilisiert und schicken Kinder früher in die logopädische Abklärung. Bild: Donato Caspari

mindest nicht in den Schulgemeinden. Bei der Logopädie für Erwachsene, in Privatpraxen und in Sonderschulen bestehe durchaus ein Mangel. In den Schulgemeinden liege das Problem bei den zuweilen sehr kleinen Pensen. «Nach dem Studium wollen die Logopädinnen 80 bis 100 Prozent arbeiten», sagt Rassel. Und wenn sie nach einem Mutterschaftsurlaub mit einem kleinen Pensum wieder einsteigen, würden sie in der angestammten Schulgemeinde bleiben. Der Berufsverband würde es deshalb begrüssen, wenn sich kleine Schulgemeinden zu Zweckverbänden zusammenschliessen und gemeinsam grössere Pensen anbieten. Selbst mehrere Kleinpensen zu koordinieren, sei aufwendig.

«Wenn wir mit den Kindern schon im Vorschulalter arbeiten, müssen sie meist während der Schule nicht mehr kommen.»



Gabriela Rassel
Berufsverband Logopäden

Kleine Pensen verunmöglichen auch die Betreuung eines Praktikanten, weil dieser eine gewisse Anzahl Lektionen braucht. Praktikumsstellen sind für die Ausbildung zwingend. In der Deutschschweiz gibt es vier Ausbildungsstätten für ein Logopädiestudium. Thurgauer studieren vor allem in Rorschach und in Zürich. Während jedem der drei Jahre ist ein mehrwöchiges Praktikum vorgesehen, insgesamt besteht ein Drittel des Studiums aus Praktika. An der Schweizer Hochschule für Logopädie Rorschach fangen jährlich 25 neue Studenten an, wie Rassel weiss: «An den anderen Ausbildungsstätten sind es nicht viel mehr.» Vergrössert werden könnten die Studiengänge nicht, weil eben jetzt schon eher zu we-

nig Praktikumsplätze vorhanden seien.

Der Thurgauer Berufsverband der Logopäden arbeitet eng mit der Ausbildungsstätte in Rorschach zusammen. Sowohl Hochschule als auch Verband schreiben regelmässig alle Logopädinnen an und versuchen sie zu überzeugen, ein Praktikum zu betreten. «Nach dem letzten Aufruf vor zwei Wochen haben sich 21 Logopäden bei der Hochschule gemeldet», weiss Rassel. Nicht zuletzt sei ein Grund für die schwierige Suche nach Praktikumsplätzen, dass sich viele die Verantwortung nicht zutrauen. Deshalb gebe es sogar eine Ausbildung für die Praktikumsleitung. Und es gibt eine finanzielle Entschädigung durch die Hochschule.

Mitgliederbeitrag wird reduziert

Weinfelden Mit grossem Applaus haben die Thurgauer Logopädinnen und Logopäden am Mittwoch Angela Dennler verabschiedet. Sie habe in den vergangenen vier Jahren, zusammen mit Gabriela Rassel, das Co-Präsidium des Berufsverbands engagiert und mit viel Herzblut geführt. Rassel ist nun alleinige Präsidentin. An der Jahresversammlung in Weinfelden wies sie gemäss einem Pressetext darauf hin, dass sich im nächsten Jahr ein bis zwei neue Mitglieder für den Vorstand engagieren sollten, weil bis dann zwei Vorstandsmitglieder zurücktreten werden.

Die Jahresberichte der einzelnen Ressorts waren den Anwesenden bereits im Vorfeld der Versammlung zugestellt worden und wurden ohne Gegenstimme angenommen. Die Präsidentin blickte kurz zu den vier Veranstaltungen im vergangenen Jubiläumsjahr zum 50-jährigen Bestehen des Verbands zurück. Edith Pensa präsentierte als Kassiererin die Rechnung 2019, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde. Der Verband verfügt mittlerweile über ein solides Vermögen, weshalb der beantragten Reduktion des Mitgliederbeitrages von 325 auf 300 Franken zugestimmt werden konnte. Um Kolleginnen in freien Praxen finanziell unter die Arme zu greifen, hat der Dachverband einen Corona-Solidaritätsfonds eingerichtet. Der Thurgauer Verband hat diesen Fonds mit dem symbolischen Betrag von 2020 Franken unterstützt. Ein für den Berufsalltag der Logopäden äusserst gewinnbringendes Referat zum Thema leichte Sprache rundete die Jahresversammlung ab. (red)

Kampfjets: Schützen geht nicht mit «Ponys»

Das Thurgauer Ja-Komitee startete am Frauenfelder Soldatendenkmal den Abstimmungskampf und gibt sich dabei siegesgewiss.

Dem Komitee, das sich für ein Ja zur Erneuerung der Luftwaffe einsetzt, rekrutiert sich aus bürgerlichen Politikern, Armeeangehörigen und wird von der Offiziersgesellschaft Thurgau geführt. Deren Präsident, Dominik Knill, betonte die Wichtigkeit eines Ja, denn «nur mit dem Erhalt unserer Luftwaffe können wir die Sicherheit garantieren, die unser Land braucht, um in Frieden, Unabhängigkeit und Wohlstand existieren zu können». Ständerätin Brigitte Häberli (CVP) warnte davor, aus einer Laune heraus die maximal sechs Milliarden Franken für die Beschaffung der Kampfjets nicht zu genehmigen. Wer heute Nein zu einer modernen Luftwaffe sage, der bekomme spätestens 2030, wenn sich die Lebenszeit der heute eingesetzten Flugzeuge definitiv dem Ende zuneige,

ein echtes Sicherheitsproblem. «Ein Feuerwehrauto kauft man ja auch nicht erst, wenn das Haus brennt.» Für ihren Ratskollegen Jakob Stark (SVP) bildet der Fliegerkauf sogar «das Kernstück einer umfassenden Sicherheits- und Verteidigungsstrategie des Bundes». Wer dazu Njet sage, gefährde die nationale Sicherheit massiv. «Nur eine einsatzbereite Luftwaffe ist in der Lage, die Bevölkerung und die kritischen Infrastrukturen zu schützen und zu verteidigen.»

Ähnlich klang es bei Brigadier Werner Epper. Der stellvertretende Kommandant der Luftwaffe betonte, dass es für die Abwehr einer Bedrohung aus der dritten Dimension Kampfflugzeuge brauche. Den Einwand der Kampfjet-Gegner, ein leichtes und so klar billigeres Trainingsflugzeug würde es für die

Schweizer Luftwaffe auch tun, wischte Epper vergleichend beiseite: «Das wäre so, wie wenn sie einen Jockey mit einem Pony statt mit einem Rennpferd in Rennen schicken würden.»

Regierungspräsident Walter Schönholzer (FDP) freute sich darüber, dass der gesamte Thurgauer Regierungsrat «uneingeschränkt und geschlossen» hinter der Vorlage stehe. SVP-Nationalrat Manuel Strupler gab zu bedenken, dass man nie wisse – siehe Corona – wann eine Krise über einen hereinbreche. Deshalb sei klar, «dass wir ein Ja einlegen müssen». Und der Frauenfelder Stadtpräsident Anders Stokholm gab zu bedenken, dass eine Wirtschaft nur dann florieren könne, wenn sie in einem sicheren Rahmen agiere.

Christof Lampart



Vertreter des Komitees für neue Kampfflugzeuge vor dem Soldatendenkmal.

Bild: Reto Martin